

Stellungnahme der Staatsregierung

zu Drs 6 / **2183**

Thema: Keine weiteren Staustufen in der Elbe

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Der Staatsminister

SÄCHSISCHES STAATSMINISTERIUM FÜR UMWELT UND LANDWIRTSCHAFT
Postfach 10 05 10 | 01076 Dresden

Sächsischer Landtag
Vorsitzender des Ausschusses für
Umwelt und Landwirtschaft
Herrn Sebastian Fischer, MdL
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden

Durchwahl
Telefon +49 351 564-2000
Telefax +49 351 564-2009

poststelle@
smul.sachsen.de*

Ihr Zeichen

Ihre Nachricht vom
21. Juli 2015

Aktenzeichen
(bitte bei Antwort angeben)
Z-0141.50/19/4933

Dresden, *06.08.2015*

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drs.-Nr.: 6/2183
Thema: Keine weiteren Staustufen in der Elbe

Der Landtag möge beschließen:
Die Staatsregierung wird aufgefordert,

1. sich eindeutig und öffentlich zu folgendem im aktuell gültigen Koalitionsvertrag zwischen CDU und SPD Sachsen formuliertem Passus „Die Koalitionspartner stehen für eine umweltverträgliche Nutzung der Elbe, die mit dem Naturhaushalt im Einklang steht. Der Ausbau der Elbe steht diesem Ziel entgegen und wird daher von den Koalitionspartnern ebenso abgelehnt wie eine weitere Vertiefung und der Bau neuer Staustufen. Dabei ist hinzunehmen, dass eine ganzjährige Schiffbarkeit nicht gewährleistet ist.“ zu bekennen,
2. sich bei der Europäischen Kommission für die länderübergreifende Einhaltung der europäischen Umweltgesetzgebung, insbesondere der EG-Wasserrahmenrichtlinie und der Artenschutzgesetzgebung im Sinne der FFH-Richtlinie einzusetzen,
3. das im Landesverkehrsplan Sachsen 2025 festgelegte Ziel einer ganzjährigen Mindesttiefe von 1,60 m an 345 Tagen ab Dresden stromabwärts und von 1,50 m an 345 Tagen ab Dresden stromaufwärts durch Ziele zu ersetzen, die die Anforderungen der EG-Wasserrahmenrichtlinie, der FFH-Richtlinie und der realen Schiffsverkehrsbedingungen in Zeiten des Klimawandels in Einklang bringen.

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

namens und im Auftrag der Sächsischen Staatsregierung nehme ich zu dem Antrag wie folgt Stellung:



Hausanschrift:
Sächsisches Staatsministerium
für Umwelt und Landwirtschaft
Archivstraße 1
01097 Dresden

www.smul.sachsen.de

Verkehrsverbindung:
Zu erreichen mit den Straßen-
bahnlinien 3, 6, 7, 8, 13

Für Besucher mit Behinderungen
befinden sich gekennzeichnete
Parkplätze am Königsufer.
Für alle Besucherparkplätze gilt:
Bitte beim Pfortendienst melden.

* Kein Zugang für elektronisch signierte
sowie für verschlüsselte elektronische
Dokumente



zu 1.:

Der betreffende Passus des Koalitionsvertrages lautet vollständig:

„Das Flussgebiet Elbe ist eine wertvolle Natur- und Kulturlandschaft. Die Elbe als überregionale Wasserstraße hat eine hohe Bedeutung, sowohl für den Güterverkehr als auch für die touristische Nutzung. Die Koalitionspartner wollen, dass der Fluss auch weiterhin als Bundeswasserstraße anerkannt bleibt. Die Koalitionspartner stehen für eine umweltverträgliche Nutzung der Elbe, die mit dem Naturhaushalt im Einklang steht. Der Ausbau der Elbe steht diesem Ziel entgegen und wird daher von den Koalitionspartnern ebenso abgelehnt wie eine weitere Vertiefung und der Bau neuer Stautufen. Dabei ist hinzunehmen, dass eine ganzjährige Schiffbarkeit nicht gewährleistet ist.“

Dieser Passus ist wesentliche Grundlage für das Handeln der Staatsregierung.

zu 2.:

Die Staatsregierung geht davon aus, dass die EU-Umweltgesetzgebung länderübergreifend eingehalten wird.

Der Freistaat Sachsen und die Tschechische Republik arbeiten ferner intensiv länderübergreifend bei der Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie und der Hochwasserisikomanagementrichtlinie zusammen. Dies ist auch fortlaufend Gegenstand in der Internationalen Kommission zum Schutz der Elbe (IKSE) und der Deutsch-Tschechischen Grenzgewässerkommission.

zu 3.:

Das grundsätzliche Ziel der gleichwertigen Wasserstände in der Bundeswasserstraße Elbe steht derzeit nicht im Widerspruch zu den Vorgaben der Wasserrahmenrichtlinie für die Elbe. Die realen Schifffahrtsbedingungen sind auch durch die Niedrigwasser- und Hochwassersituationen gekennzeichnet.

Die Bundesregierung hat im Projekt KLIWAS (www.kliwas.de) die Wirkung des Klimawandels auf die deutschen Bundeswasserstraßen untersucht. Danach werden die deutschen Wasserstraßen auch in Zukunft ein wichtiger und zuverlässiger Verkehrsträger sein. Die für die nahe Zukunft projizierten klimabedingten Veränderungen lösen unmittelbar keine größeren Investitionsentscheidungen aus. Die weitere Entwicklung muss demnach aber aufmerksam verfolgt werden, da zum Ende des Jahrhunderts relevante Änderungen möglich sind.

Mit freundlichen Grüßen



Thomas Schmidt